

ANTRÄGE

1) Übersiedlungsbus

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc. BA. stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Für immer mehr Grazerinnen und Grazer scheint ein Eigenheim aufgrund der hohen Immobilien- und Mietpreise nicht mehr leistbar. Seitens der Kommunen gibt es bereits Unterstützungen für die Bevölkerung, allerdings reichen diese Maßnahmen oft nicht aus, um die einmalig anfallenden Kosten (Einrichtung, Ausmalen, etc.) einer neuen Wohnung zu decken. Hierunter fallen auch die oft horrenden Summen, zum Beispiel für Mietkaution und das Übersiedeln. Ein Umzugswagen kostet für einen ganzen Tag im Schnitt € 100,-. Davon könnte bereits ein Teil der Inneneinrichtung finanziert werden. Die Landeshauptstadt Graz soll hier eingreifen und entlasten. Einen besonderen Bedarf dieses Angebots besteht bei Menschen, die sich in einem Lehr- oder Studienverhältnis befinden, da hier noch vermehrt Umzüge durch Standortwechsel anfallen.

Eine Initiative, um Grazern beim Start ins eigenständige Leben zu unterstützen, ist ein Klein-Lkw für Siedlungszwecke. Besagter Bus soll tageweise von der Stadt Graz gegen eine Kautions geliehen werden können. Hierbei müssen klare Vergaberichtlinien festgelegt werden, welche sicherstellen, dass weder fahrlässig mit dem Transporter umgegangen wird noch Personen ohne Anspruch diese Unterstützung erhalten. Mit einer eigens für den Umzug zugeschnittenen Ausstattung soll der Bus den Umzug in Graz zusätzlich erleichtern.

Der Klein-Lkw kann mit Werbung der Stadt Graz bedruckt werden, um das Projekt bekannt zu machen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz soll die zuständige Abteilung mit der Anschaffung eines Klein-LKWs inklusive passender Ausstattung zu Siedlungszwecken beauftragen. Die Vergaberichtlinien sollen sich an Menschen in einem Ausbildungsverhältnis, dazu zählen Berufsschüler, Schüler der Oberstufen, Studierende bis zum 27. Lebensjahr (Ende der Studien- und Familienbeihilfe) und Bezieher der SozialCard oder Personen, die nach individueller Betrachtung einem Kriterium gleichkommen, richten. Voraussetzung ist auch der Bezug eines Hauptwohnsitzes in Graz.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Bauernmarkt-Gutscheine für sozial Bedürftige

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Zu Recht haben Bauernorganisationen kürzlich darauf aufmerksam gemacht, dass wegen hoher Handelsspannen den bäuerlichen Produzenten oft nur ein kleiner Anteil des Endverkaufspreises bleibt. Bauernmärkte bieten eine wunderbare Gelegenheit der Direktvermarktung und tragen dazu bei, dass bäuerliche Betriebe erhalten bleiben.

Erfreulicherweise gibt es in Graz 15 Bauernmärkte – damit liegen wir im europäischen Spitzenfeld. Was wir dort kaufen, können wir mit gutem Gewissen genießen. Die von den heimischen Bauern auf den Bauernmärkten angebotenen gesunden, qualitätsvollen und wohlschmeckenden Produkte sollen allen BewohnerInnen unserer

Stadt schmecken. Wir brauchen einen Anreiz, dass auch Menschen mit geringem Einkommen, die meist vorrangig bei Diskontern einkaufen, verstärkt auf unsere Bauernmärkte gehen. Seit einiger Zeit sind auf den Bauernmärkten und in der Landwirtschaftskammer 5-Euro-Gutscheine erhältlich, die man auf allen Grazer Bauernmärkten einlösen kann – die „Grazer Marktgenuss-Gutscheine“.

Sie sollten auch vom Sozialamt ausgegeben werden – ein Besuch am Bauernmarkt ist neben dem Erwerb wertvoller Lebensmittel ein weiterer Beitrag für die soziale Inklusion in unserer Stadt.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Das Sozialamt möge „Grazer MarktGenussGutscheine“ ankaufen und an sozial Bedürftige abgeben, um es Personen und Familien mit geringem Einkommen zu erleichtern, frisches heimisches Obst und Gemüse und andere gesunde bäuerliche Produkte direkt bei den Produzenten zu erwerben.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugenommen.

3) Fahrverbot in Wohngebieten in St. Peter – Johann-Weitzer-Weg, Denggasse

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

St. Peter ist ein bevölkerungsmäßig wachsender Bezirk, in dem viele Familien gerne leben. Wohnanlagen, die in verkehrsberuhigten Gebieten liegen, tragen durch mehr Sicherheit zur Lebensqualität bei.

Seit Jahrzehnten sind der Johann-Weitzer-Weg und die Denggasse Sackstraßen, wo nur für Radfahrer die Durchfahrt erlaubt ist und somit Fußgänger – Anrainer sowie Passanten – nicht durch motorisierte Fahrzeuge gefährdet sein sollen. Viele Eltern sind froh, dass ihre Schulkinder hier einen sicheren Schulweg zur Verfügung haben. Leider wird das Fahrverbot oft von Motorradfahrern missachtet – dadurch kam es schon zu mehreren für Fußgänger gefährlichen Situationen und leider auch zu Unfällen – erst vor wenigen Tagen ist ein Mopedlenker einem Fußgänger am Johann- Weitzer-Weg über den rechten Fuß gefahren. Das Fahrverbot ist zwar durch ein blau-weißes Sackgassenzeichen mit der Zusatztafel „Ausgenommen Radfahrer“ gekennzeichnet, laut Polizei wäre aber ein rot-weißes rundes Fahrverbotsverkehrsschild mit dem Hinweis „Ausgenommen Radfahrer“ wesentlich effizienter. Es ist daher dringend erforderlich, die Fahrverbotsbereiche am Anfang und am Ende (bei den ganzjährig aufgestellten Blumentrögen, welche die Fahrbahn so verengen, dass nur Fußgänger und Radfahrer den Weg benützen können) durch Fahrverbotstafeln gekennzeichnet werden.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, möglichst rasch in den Wohngebieten am Johann-Weitzer-Weg und in der Denggasse durch Allgemeine Fahrverbotstafeln mit dem Hinweis „Ausgenommen Radfahrer“ das Fahrverbot zu kennzeichnen, um die Sicherheit der Fußgänger zu erhöhen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg – Errichtung eines Kreisverkehrs

GR. Mag. **Spath** und GR.ⁱⁿ **Heuberger** stellen folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

2006 bzw. 2013 wurden die zwei Teilabschnitte der Petrifelderstraße und in deren Verlängerung die Karl-Huber-Gasse generalsaniert. Aufgrund der vielen Bautätigkeiten im gesamten Gebiet westlich der St.-Peter-Hauptstraße im Großraum Petrifelder ist die Petrifelderstraße/Karl-Huber-Straße, zusätzlich zum Regionalverkehr, sehr stark belastet.

Eine „neuralgische Stelle“ in diesem Straßenverlauf bildet die Kreuzung Karl-Huber-Gasse/Neufeldweg, an der sich leider auch immer wieder schwere Unfälle ereignen. An dieser stark frequentierten Kreuzung befindet sich auch die Bushaltestelle „Neufeldweg“ der Linie 64, die von den Bewohnern der in unmittelbarer Nähe befindlichen rund 400 Wohneinheiten (Kohlbacher, GWS) gut in Anspruch genommen wird. Dies bildet eine zusätzliche Gefahrenquelle – speziell für Kinder – in diesem Bereich.

Das Verkehrsaufkommen ist in dieser Gegend ohnehin schon sehr groß, zumal auch der Einkaufsverkehr zum Murpark bzw. die Autobahnauffahrt auf die Südautobahn ebenfalls über die oben erwähnten Straßen erfolgt. An der westlichen Seite des Kreuzungsbereichs entstehen gerade zwei Arztpraxen, die zusätzlichen Verkehr anziehen werden.

In der Beantwortung unserer Frage vom 13. Juni 2013 und wie vor kurzem in den Medien zu lesen war, wurde darauf hingewiesen, dass noch nicht alle für die Errichtung eines Kreisverkehrs erforderlichen Flächen eingelöst sind bzw. die Finanzierbarkeit

nicht gesichert sei. Gerade jetzt, in der Zeit der Budgetplanung für das kommende Jahr, erachten wir es als notwendig, auf die schnelle Umsetzung einer Verkehrslösung zu drängen.

Namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs stellen wir daher den

A n t r a g ,

das Straßenamt der Stadt Graz möge, da es sich bei der Petrifelderstraße/Karl-Huber-Straße um eine Landesstraße handelt, mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark Kontakt aufnehmen, um diesen neuralgischen Punkt durch einen Kreisverkehr oder eine Ampelregelung zu entschärfen und im kommenden Budget die erforderlichen Mittel vorzusehen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Errichtung eines Schülerlosendienstes für Zweigstelle der VS Afritsch am Rosenberggürtel

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auf Grund der intensiven Bauarbeiten im Umfeld der genannten Schule steigt bei vielen Eltern die Sorge um die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsclubs den

Antrag,

bei der Zweigstelle der VS Afritsch am Rosenberggürtel zumindest bis zum Ende der Bauarbeiten einen Schülerlotsendienst einzurichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Instandhaltung des Eingangsbereichs zum jüdischen Friedhof in Graz-Wetzelsdorf

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Alljährlich um Allerheiligen/Allerseelen wird am jüdischen Friedhof in Graz-Wetzelsdorf auch der jüdischen Frontkämpfer des I. Weltkriegs in einer würdevollen Veranstaltung gedacht.

Das österreichische Bundesheer, Politik und Geistlichkeit, aber auch Angehörige aus Nah und Fern, viele schon im vorgerückten Alter, finden sich ein.

Leider ist der Eingangsbereich außerhalb der Ummauerung (an der Alten Poststraße) durch defekte Bodenplatten in keinem guten Zustand. Um die Sturzgefahr zu vermeiden, wäre ein Austausch durch neue Platten sehr vernünftig.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen werden ersucht, die Bodenplatten im Eingangsbereich des Jüdischen Friedhofs auszutauschen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Cityrunner: Ausstattung mit effizienten Klimaanlage

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Cityrunner, die für Graz bisher besten Straßenbahn-Garnituren, haben ein ganz besonderes Manko: Es fehlt leider eine für Fahrgäste angenehme Kühlung. Im heurigen besonders heißen und schweißtreibenden Sommer bemerkte man das Fehlen einer Klimatisierung extrem.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der Holding Graz Linien werden gebeten, die Aufrüstung der Cityrunner mit Klimaanlage zu prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) R2: Lückenschluss zum Kraftwerk Gössendorf

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Grazer Naherholungsgebiet Auwiesen wird ganzjährig von zahlreichen RadfahrerInnen besucht, vor allem von Grazer Familien mit ihren Kindern.

Der Hauptradweg R 2 führt sowohl östlich als auch westlich entlang der Mur in Richtung Süden. Nach der Autobahnunterführung wird der Radweg R 2 in Richtung Westen geführt, eine Weiterfahrt in Richtung Süden zum Kraftwerk Gössendorf wird mit einem Fahrverbotsschild leider verhindert. Der Radweg auf der rechten Seite der Mur liegt bereits im Gebiet der Marktgemeinde Feldkirchen-Seiersberg und ist für ortsunkundige RadfahrerInnen, die zu den Auwiesen möchten, eine Fahrt in eine Sackgasse und führt zu einem sehr großen Umweg.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der Herr Verkehrsreferent werden höflich ersucht, Verhandlungen mit dem Land Steiermark und der Marktgemeinde Feldkirchen-Seiersberg aufzunehmen, um einen Lückenschluss des Hauptradweges R2 in Richtung Kraftwerk Gössendorf zu projektieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Wiener Straße Bereich „An der Kanzel“ – Errichtung eines Linksabbiegespur

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Wiener Straße (B 67) zählt zu den am stärksten befahrenen Straßen des Grazer Nordens. Im Bereich „An der Kanzel“ wurde vor einigen Jahren von der Stadt Graz eine große Heimgartensiedlung errichtet. Möchte man nun von Gratkorn kommend in Richtung Andritz fahrend die erste Einfahrt zum Weg „An der Kanzel“ nehmen, so ist das Linksabbiegen nur unter sehr gefährlichen Gegebenheiten möglich. Das Fehlen einer eigenen Abbiegespur führt auch dazu, dass flüssiger Verkehr von der erlaubten höchstzulässigen Geschwindigkeit von 70 km/h oft abrupt abgebremst wird. Oft können VerkehrsteilnehmerInnen nur im letzten Moment in den rechten Grünstreifen ausweichen, um eine Kollision mit anderen VerkehrsteilnehmerInnen zu verhindern. Immer wieder kommt es an besagter Stelle auch zu Auffahrunfällen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die dafür zuständige Stelle des Magistrats und der Verkehrsreferent werden ersucht, im Bereich der beiden Einfahrten zum Weg „An der Kanzel“ auf eine geeignete Linksabbiegespur hinzuwirken.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Fehlende Sitzgelegenheiten am Murweg (Hortgasse/Auwiesen)

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA, stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Spazierweg entlang der Mur von der Hortgasse in Richtung des Naherholungsgebietes „Auwiesen“ wird von vielen Grazer Familien mit Kindern sowie älteren Menschen sehr gerne genutzt, um Bewegung in der Natur zu machen und um gemeinsam den Naturraum „Mur und Muraue“ näher zu erkunden.

Leider fehlen in diesem Bereich aber geeignete Sitzmöglichkeiten, die eine kurze Rast – speziell auch für ältere Menschen – ermöglichen. Es ist daher ein dringender Wunsch vieler Grazerinnen und Grazer, dass am Spazierweg entlang der Mur geeigneten Bänke und Sitzmöbel aufgestellt werden sollen, um ein Verweilen und Beobachten der Natur für Alt und Jung zu ermöglichen.

Diese Maßnahme ist ein wichtiger Schritt zur Steigerung der Attraktivität dieses Naherholungsgebietes.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen beauftragt werden, das Aufstellen von geeigneten Bänke und Sitzmöbel entlang des Murweges zu prüfen, um ein Verweilen und Beobachten der Natur für Alt und Jung zu ermöglichen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Schwimmlehrer-Entgelt

GR. **Mogel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wie einem Bericht der Kleinen Zeitung vom 17.9.2015 zu entnehmen ist, will die Holding in ihren Bädern ab Oktober 2015 eine Jahresgebühr für selbstständige Schwimmlehrer einführen. Zwischenzeitlich ist auch ein Schreiben der „Auster“ aufgetaucht, in welchem eine Jahresgebühr von € 290 bzw. eine Halbjahresgebühr in der Höhe von € 145 genannt werden. Es ist nun auch schon die Rede davon, dass diese „Unterrichtsgebühr“ für jedes Bad separat zu entrichten sei, was zu einer Addierung dieser Entgelte führen würde.

Bislang konnten Schwimmlehrer mit Gruppen unter 3 Personen ohne zusätzliche Kosten – außer natürlich dem Eintritt – die mit öffentlichen Geldern errichteten Bäder nutzen. Warum auch nicht, benötigen Schwimmlehrer mit ein bis zwei Personen nicht mehr Platz im Wasser als Nutzer ohne Schwimmlehrer. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass Personen aller Altersgruppen, die sich bewusst Schwimmunterricht angedeihen lassen, nachhaltigere Nutzer unserer Grazer Bäder sein werden.

In Zeiten immer weniger werdenden Sportunterrichts an den Schulen, immer häufiger werdender gesundheitlicher Beeinträchtigungen, herrührend aus Bewegungsmangel und dem Wissen darüber, dass Schwimmen wohl eine der für den menschlichen Körper

gesündeste Sportart ist, verwundert es umso mehr, gerade in diesem Bereich Zugang zu Schwimmunterricht - auch wenn dieser privat organisiert ist – zu erschweren und zu verteuern.

Aus diesem Grund ergeht namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz - im Besonderen Beteiligungsreferent Stadtrat Rüschi sowie die für das Sportamt, das Amt für Jugend und Familie und das Gesundheitsamt zuständigen Stadtsenatsreferenten – werden ersucht, auf die Holding Graz mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einzuwirken, um eine rasche Rücknahme dieser Maßnahme zu erreichen. Gleichzeitig werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz höflich ersucht, eine rechtliche Beurteilung dieser Maßnahme durchzuführen und zu prüfen, ob sich diese im Einklang mit sämtlichen dafür relevanten Gesetzesmaterien befindet.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina S c h r ö c k schließt die Sitzung des Gemeinderates um 17.35 Uhr.

Die Vorsitzenden

Bgm. Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb